

Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne

Dienstag (Vormittag), 6. September 2022 / Mardi matin, 6 septembre 2022

Staatskanzlei / Chancellerie d'Etat

8 2021.RRGR.383 Postulat 263-2021 Gerber (Reconvilier, EVP)
Es braucht eine Standortbestimmung zum Einfluss der sozialen Netzwerke auf die Meinungsbildung, das Verhältnis zum Staat, die Entstehung von Extremismus und die Spaltung der Gesellschaft!

8 2021.RRGR.383 Postulat 263-2021 Gerber (Reconvilier, PEV)
Influences des réseaux sociaux sur la formation d'opinion, la relation à l'État, la création d'extrémismes et la division sociétale : il faut faire un état des lieux !

Präsident. Der Regierungsrat empfiehlt Ablehnung. Wir führen eine freie Diskussion. Der Motionär respektive Postulant, Grossrat Gerber, hat das Wort. Jemand soll dich erst noch an der Saalanlage anmelden.

Tom Gerber, Reconvilier (PEV), auteur du postulat. Le point de départ de ce petit postulat est un choc. Oui, j'ai été choqué de voir et d'entendre combien de personnes dans mon entourage pas forcément proche, qui ne sont pas des personnes montrant des troubles psychiatriques, et pourtant – ces personnes, à force d'être manipulées par les réseaux sociaux, croyaient de manière très sérieuse que l'Etat allait leur insérer une puce, tel un animal de compagnie avec la dose de vaccin anti-COVID. On peut en rire. On peut avoir bien sûr différents avis sur tout et particulièrement sur ce vaccin, mais je trouve ce constat assez alarmant.

Je suis d'un naturel assez critique, mais j'ai tout de même été choqué par le degré de méfiance qu'un nombre important de personnes a développé envers notre système politiques, malgré le fait que nous vivons dans une démocratie, ou probablement dans la démocratie la plus directe au monde. Il convient tout de même de considérer que les mêmes effets des réseaux sociaux ont conduit aux États-Unis – c'est bien loin, je veux bien – à une attaque réelle du bâtiment du Parlement par des milliers de personnes.

J'aimerais remercier le gouvernement pour sa réponse à mon postulat, même si j'aurais préféré qu'il propose une autre issue. Je comprends très bien qu'il est difficile d'apporter des réponses et surtout de prendre des mesures au niveau d'un canton. Cependant, et c'est aussi la raison pour laquelle je n'ai pas retiré ce postulat, il me semble que probablement une des meilleures mesures est de discuter publiquement de ces problématiques.

J'ai moi-même très largement arrêté tout débat sur les réseaux sociaux en faisant mienne la maxime « Debattieren wir bei einem Glas Bier oder Wein, auf Social Media lass ich es sein ». Heureusement nous avons..., nous sommes des privilégiés, nous pouvons débattre ici au parlement. Je suis ainsi parfaitement heureux d'avoir l'opportunité de porter ces questions ici au parlement et me réjouis de votre contribution au débat.

Präsident. Ich frage an: Gibt es Fraktionen, die das Wort wünschen? – Das ist nicht der Fall. Hat es Einzelsprecher? – Das ist auch nicht der Fall. Dann nehme ich an, dass der Staatsschreiber das Wort wünscht. – Es gibt Einzelsprecher? Bitte halten Sie die Hand so hoch, dass ich sie sehe, und melden Sie sich vorher. Du hast das Wort, Christoph.

Christoph Grupp, Biel/Bienne (Grüne), Fraktionssprecher. Ich war etwas erstaunt, dass es so schnell, comme une lettre à la poste, gehen soll. Ich spreche für die Fraktion der Grünen, und zwar durchaus im Sinne von Tom, als er meinte, dass er das Postulat nicht zurückzieht. Ich finde, es ist ein gutes Argument, wenn er sagt: Es ist ein wichtiges Thema, es ist wichtig, dass man darüber

spricht, damit es in die Köpfe reingeht und vielleicht noch etwas weiter, plutôt dans le ventre, je pense, und dass wirklich eine Problematik besteht.

Aber, um es schon jetzt zu sagen, die Grünen stimmen der Regierung zu und sagen, es ist abzulehnen, das heisst, nicht weiter zu bearbeiten, und zwar aus den folgenden Überlegungen: Es ist sicher so, dass der Einfluss von Social Media auf die ganze Gesellschaft, auf die Debatte und die politische Diskussion riesig ist. Wir sind ein grosser Teil davon. Wir alle, denke ich, sind inzwischen auf den einen oder anderen der so genannten sozialen Medien aktiv, posten, beteiligen uns, liken Fotos oder was auch immer. Das wurde zu einem Teil der politischen Debatte. Dem ist viel Spannendes, Gutes, Interessantes und Weiterführendes zu entnehmen.

Aber es ist tatsächlich auch so, und da begreife ich die Sorgen von Tom Gerber: Es zirkuliert sehr viel, das einem Sorgen macht und das einem, glaube ich, sogar Angst machen muss. Die sozialen Medien werden von gewissen Kreisen sehr gezielt eingesetzt, um Hass zu schüren und Sabotage zu betreiben. Es wurde inzwischen sogar auch Teil einer Kriegsführung, wie wir dem neusten Beispiel entnehmen können, der Ukraine und Russland. Was gepostet und darauf erwidert wird, ist wirklich auch ein Teil der Kriegsstrategie. Dahinter stehen Staaten und Organisationen, die mächtig sind und fast unbeschränkte Mittel haben und diese eben nicht immer nur gut, sondern häufig auch zerstörerisch einsetzen. Bei all dem gebe ich dem Postulanten absolut recht. Auch diese Sorge teilen wir von den Grünen.

Jetzt ist die Frage, was man dagegen unternehmen kann. Wir sind derselben Meinung, die auch in der Antwort der Regierung steht: Es ist mindestens ein gesamtstaatliches Problem, also auf nationaler Ebene und sogar international anzugehen. Ein Staatswesen wie der Kanton Bern ist in diesem Zusammenhang chancenlos. Ich glaube, das muss man wirklich klar und deutlich sagen. Man kann darauf hinweisen und sensibilisieren. Ich bin überzeugt, dass das auch in vielen Schulstuben und Weiterbildungen ein Thema ist, für das sensibilisiert wird. Aber wir sehen die Lösung nicht darin, staatlich, auf einer kantonalen Ebene einzugreifen.

Das kann man auch ein wenig der Studie des Bundesamtes für Kommunikation (BAKOM) entnehmen, die in der Antwort zitiert wird und die fast 140 Seiten umfasst. Das wird sehr ausführlich behandelt. Auch deshalb der Verweis: Ich glaube, es ist nicht zielführend, dass der Kanton Bern nochmal einmal einen Bericht dazu erstellt. Man kann dort sehr vieles nachlesen, was Staaten machen und was sie eben nicht machen können. Ich glaube, sogar ein Staatswesen wie die Schweiz ist letztendlich relativ machtlos. Man hat gewisse Einflussmöglichkeiten, aber man kann es nicht aus der Welt schaffen. Dies als etwas bedauernde Feststellung am Schluss.

Aber noch einmal: Wir sehen nicht, dass der Kanton Bern da aktiv werden und viel bewirken kann, auch wenn er es möchte. Deshalb empfehlen wir, der Regierung zu folgen und das Postulat abzulehnen.

Karin Berger-Sturm, Grosshöchstetten (SP), Fraktionssprecherin. Das Anliegen hinter dem Postulat ist richtig und nachvollziehbar: Das soziale Miteinander mit dem Setzen eines Fokus, dem Ermöglichen einer echten Meinungsbildung, welche die Grundlage unserer Demokratie ist, und die Reduktion von Falschinformationen. Der Vorstoss, der Studien und Berichte zum Einfluss der sozialen Medien auf Meinungsbildung, Staatsverständnis, Extremismus und überhaupt den gesellschaftlichen Zusammenhang verlangt, ist so breit formuliert, dass er dem Regierungsrat in Auftrag gibt, viel zu umfassende und viel zu vielschichtige Themen zu bearbeiten. Die SP-Fraktion teilt die Einschätzung der Regierung und lehnt das Postulat ab. Der Vorstoss ist une fausse bonne idée.

Das heisst aber nicht, dass die gewünschte Diskussion nicht geführt werden muss, im Gegenteil. Es braucht eine breite stetige Diskussion in der Öffentlichkeit, im Kanton Bern, in der Schweiz, weltweit. Es braucht ein kritisches Bewusstsein der Chancen und der Risiken, und es braucht Massnahmen gegen den Missbrauch dieser Kanäle.

Wie schon erwähnt wurde, ist der BAKOM-Bericht umfassend. Er hat die neuen Akteure beschrieben und wie die digitalen Medienkanäle die öffentliche Meinungsbildung beeinflussen. Dieser Bericht hat auch das immense Potenzial und die Chancen der Kommunikation durch die digitalen Medien und durch Social Media hervorgehoben. Die digitalen Medien ermöglichen allen Menschen Zugang zur Information. Sie ermöglichen auch unter erschwerten Bedingungen die Meinungsbil-

dung. Denken wir doch zum Beispiel an den Telegram-Kanal, der derzeit ukrainischen Familien ermöglicht, in Kontakt zu bleiben, um wichtige aktuelle Informationen aus ihrem Land und auf der Flucht zu erhalten.

Der Bericht hat aber auch die negativen Auswirkungen ausführlich thematisiert: Fake News, illegale Inhalte und so weiter. Das BAKOM fördert Forschungsprojekte zu den Themenschwerpunkten digitale Desinformation und Hassreden und trägt damit genau zur dieser Auseinandersetzung im geforderten Themenkreis bei. Die Gründe für Extremismus einzig in den sozialen Medien zu suchen, greift weit zu kurz. Es geht nicht darum, Algorithmen zu finden, die die sozialen Medien regulieren. Sondern es geht darum, Medienkompetenz zu stärken.

Wir haben gestern die Änderungen zum Gesetz über die Information der Bevölkerung (Informationsgesetz, IG) beschlossen, das neu neben Information und Kommunikation auch die Förderung der Medienkompetenz und die Förderung der politischen Bildung enthält. Das sind Bereiche, in denen sich der Kanton Bern konkret einsetzen kann. Insofern ist die Idee gut, aber wir lehnen das Postulat ab.

Präsident. Für die EDU hat Grossrat Kullmann das Wort. Jemand soll dich bitte noch einmal an der Saalanlage anmelden. – Jetzt geht es.

Samuel Kullmann, Thun (EDU), Fraktionssprecher. Dieser Vorstoss thematisiert ein wichtiges Problem: Fake News. Das ist etwas, das uns in den letzten zwei, drei Jahren in einem besonderen Masse beschäftigt hat, und es ist auch ein ernstzunehmendes Problem. Jetzt ist aber die Frage, was gefährlicher als Fake News ist. Gefährlicher als Fake News ist aus meiner Sicht, wenn die Meinungsäusserungsfreiheit grundsätzlich eingeschränkt wird. Ich sage nicht, dass es das ist, was der Vorstösser möchte. Aber wenn man über Social Media spricht, gibt es durchaus Einschränkungen. Die kamen in den letzten zwei, drei Jahren und haben die Meinungsäusserungsfreiheit auch eingeschränkt.

Ich wurde im Jahr 2019 zweieinhalb Wochen von Twitter gesperrt. Jetzt können Sie sich fragen, was ich Schlimmes gepostet habe, was für eine Hassrede oder was für Fake News. Was ich gemacht habe: Ich habe Tweets abgesetzt, die einen ehemaligen US-Präsidenten dafür kritisieren, dass er dreissigmal im Privatjet eines Leiters eines globalen Kindersexhandelsrings mitgeflogen ist. Das ist etwas, das inzwischen erhärtet und allgemein anerkannt ist. Dafür wurde ich zweieinhalb Wochen gesperrt.

Vor etwa zwei Jahren wurde mein Konto auf Facebook eingeschränkt, weil ich eine Grafik zu einem Vitamin, das ich jetzt nicht näher bezeichnen möchte, aus einer Studien in einem wissenschaftlichen Journal gepostet habe. Aber die einen oder anderen könnten wissen, um welches es sich handelt. Auch das finde ich etwas problematisch. Sie sehen, ich habe etwas unschöne Erfahrungen gemacht, obwohl ich nicht der Meinung bin, dass ich irgendwelche Hassreden oder so verbreitet habe.

Deshalb warne ich und rufe zur Vorsicht auf. Es ist in erster Linie Aufgabe der Politik, eine Politik zu machen, die der Entstehung von Extremismus und der Spaltung der Gesellschaft entgegenwirkt. Die Extremversion davon, was ist, wenn der Staat probiert, die allgemeingültige Wahrheit zu definieren, kennen wir auch aus den Geschichtsbüchern. Государство решает, что есть правда. Das ist russisch und heisst: Der Staat entscheidet, was die Wahrheit ist. Alles, was in diese Richtung geht, möchte ich nicht, und auch die EDU-Fraktion lehnt diesen Vorstoss ab.

Walter Schilt, Utzigen (SVP), Fraktionssprecher. Auch in der SVP haben wir darüber diskutiert. Wir gehen mit dem Motionär einig, dass vor allem die negativen Einflüsse der sozialen Netzwerke auf unsere Gesellschaft nicht unproblematisch sind. Ich würde sagen, die trumpsche Manier hat Einzug gehalten. Das war der Startschuss dafür, dass man schreiben kann, was man will – Fake News. Wir gehen aber auch mit dem Regierungsrat einig, dass das Thema, wie in der Antwort geschrieben wird, auf nationaler Ebene oder noch weiter draussen angegangen werden muss. Die Problematik ist in grösseren Zusammenhängen zu sehen – Vernetzungen. Dann ist es zu komplex, um es auf kantonaler Ebene lösen zu wollen.

Trotzdem gibt es Ansätze, von denen der Regierungsrat zwar sagt, sie seien auf nationaler Ebene. Es ist natürlich der Lehrplan 21, in dem es verankert ist. Damit kann auch der Kanton bei unseren Jungen einen gewissen Einfluss nehmen und vor allem nicht nur über die Chancen aufklären, die man mit den sozialen Medien hat, sondern auch über die Risiken. Das Internet vergisst nie. Ich glaube, vor allem da kann man ansetzen, damit bei den Jungen etwas gemacht wird. Aber ansonsten sind wir auch der Meinung, auf nationaler Ebene. Aus diesen Gründen lehnt die SVP den Vorstoss ab.

Präsident. Gibt es weitere Fraktionssprecher? – Er soll sich bitte anmelden. Das ist nicht der Fall? Dann kommen wir zu den Einzelsprechern. Grossrat Rashiti hat das Wort.

Korab Rashiti, Gerolfingen (UDC), intervenant à titre personnel. Voilà ce postulat, lorsque j'en ai pris connaissance, m'a beaucoup choqué ! Premièrement, car il va à l'encontre de notre Constitution – liberté d'opinion et d'information dont j'aimerais rappeler juste l'alinéa 1 : « Toute personne peut librement former son opinion, l'exprimer sans contrainte [...] par la parole, l'écriture et l'image ou d'une autre manière. » Je prends aussi les droits de l'homme qui disent : « La libre communication des pensées et des opinions est un des droits les plus précieux de l'homme. »

Malgré les tentatives de contrôle, la liberté d'expression s'est considérablement émancipée depuis l'avènement du web, justement. Et il devient difficile pour un pouvoir exécutif de mettre efficacement en œuvre les mesures de répression de l'opinion décrite dans ce postulat, dès lors que cette dernière s'exprime de façon libre, décentralisée, infiniment reproductible et indélébile sur Internet. Dans cette mesure Internet est très souvent comparé à deux grandes inventions de l'homme dans l'histoire qui ont également abaissé le coût d'accès à la connaissance et ont contrecarré la censure imprimée et écrite dans les médias, financée par l'Etat, de façon directe ou indirecte. Je vous demande de refuser ce postulat.

Thomas Gerber, Hinterkappelen (Grüne), Einzelsprecher. Einerseits gehe ich mit der Antwort des Regierungsrates einig, dass es etwas ist, das national oder sogar europaweit gelöst werden muss. Aber auf der anderen Seite haben wir auch eine Verantwortung. Wir haben einen Lehrplan, den Lehrplan 21. Es betrifft unsere Jüngsten, unsere Zukunft. Dort haben wir zum Beispiel eine Software, die in Gebrauch ist, und die WhatsApp heisst. Vielleicht können sich einige von Ihnen noch daran erinnern, dass man vor nicht allzu langer Zeit, um weiterhin auf sein Adressbuch zugreifen zu können, in Dreimonatsschritten Berechtigungen an- oder wegklicken musste, aufgrund derer man diese Daten auswerten und verkaufen darf.

Ich frage mich in diesem Saal, ob wir das unseren Jüngsten zumuten wollen, wenn ich sehe, dass diese Software, genau aus diesen Gründen, beispielsweise erst ab 16 Jahren zugelassen wird. Ich verstehe nicht, dass fast jeder oder jeder zweite Klassen-Chat über WhatsApp läuft. Entweder müssen wir alle Altersbegrenzungen abschaffen, oder wir nehmen sie ernst. Deshalb finde ich dieses Postulat sehr wichtig. Ich wünsche eine punktweise Abstimmung und werde den Punkten 1 und 2 zustimmen. Punkt 3 lehne ich ab.

Mathias Müller, Orvin (SVP), Einzelsprecher. Es wurde vorhin viel zu Fake News gesagt. Das sei etwas Neues. Nein, das ist es nicht. Das gibt es schon seit Menschengedenken. In der Geschichte gibt es immer Fake News. Wissen Sie, welche Gruppe, welche Organisation diejenige ist, die in der Geschichte der Menschheit am meisten Fake News verbreitet hat? Der Staat! Der Staat, nicht die Individuen, hat die meisten Fake News verbreitet. Sowjetunion – jeden Tag waren es Fake News. Nazideutschland – jeden Tag waren es Fake News. Die Staaten versuchen mit Fake News, das Volk zu manipulieren. Das hat es schon bei den Römern gegeben. Das gab es schon immer. Glauben Sie nicht, dass die sozialen Medien schuld sind, wenn der Staat das Vertrauen verliert. Es ist der Staat selbst, der das Vertrauen untergräbt.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass wir, wenn die sozialen Medien so ein Problem sind, alle einen freien Willen haben. Wir müssen nicht auf Facebook sein. Wir müssen nicht auf Instagram

sein. Wir müssen nicht auf TikTok sein. Diejenigen, die das nicht wollen und sich nicht beeinflussen lassen wollen, können das abschalten. Es gibt keinen Zwang.

Beim dritten Problem, das ich ansprechen will, geht es wieder um Fake News. Ja, wer kontrolliert denn diese Fact Checker? Wer sagt denn, was die Wahrheit ist? Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass es die absolute Wahrheit nicht gibt. Aber wir sollten alle bestrebt sein, die Wahrheit zu finden. Das geht nur in einem freien Diskurs, in dem alle Meinungen zu Wort kommen dürfen. Korab hat es vorhin angesprochen: Wir haben vor allem das Problem, dass Meinungen von den sozialen Medien unterdrückt werden. Es gibt Meinungen, die man nicht äussern, Worte, die man nicht schreiben darf. Das ist auch Extremismus. Fake News ist auch, wenn man Dinge nicht sagt, bewusst nicht sagt. Also, lehnen Sie dieses Zeug ab. Das ist für nichts, fertig.

Präsident. Ich sehe keine Einzelsprecher mehr. Ist das so? – Ja. Dann hat der Herr Staatsschreiber das Wort.

Christoph Auer, Staatsschreiber. Ich habe gerne zur Kenntnis genommen, dass sämtliche Fraktionen dem Regierungsrat nicht den Auftrag erteilen wollen, einen bernischen Bericht über diese Problematik in Auftrag zu geben oder zu erstellen. Ich hatte den Eindruck, dass auch der Postulant nah am Rückzug war und einfach diese wichtige Diskussion führen wollte. Von daher ist es aus Sicht der Regierung richtig so, wie die Fraktionssprecher gesagt haben: Das ist nicht ein Thema, das der Kanton Bern lösen kann.

Sie haben es gesagt, es ist ein wichtiges Thema. Aber wie die Fraktionssprecherin der SP gesagt hat: Sie haben gestern ein Zeichen gesetzt, indem Sie einen Fördertatbestand beschlossen haben – nicht bloss, um die Medien zu fördern, sondern um die Medienkompetenz, die Kompetenz und das Wissen der jungen Leute zu fördern. Was sind journalistischen Medien, was sind soziale Medien, und was sind die Unterschiede? Wie werden die Medien gesteuert? Was sind Algorithmen? Die Massnahme, die Sie gestern beschlossen haben, ist wohl der beste Weg. Ein weiterer Bericht des Kantons Bern würde nichts bringen. Deshalb bin ich dankbar, dass Sie das Postulat ablehnen.

Präsident. Wir kommen zur Abstimmung über dieses Postulat. Wurde punktweise Abstimmung verlangt? Ich wüsste nichts davon. – Doch. Also, wir stimmen punktweise ab. Wer die Ziffer 1 dieses Postulats annehmen will, stimmt Ja, wer das nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.383: Ziff. 1 / ch. 1

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui	12
Nein / Non	129
Enthalten / Abstentions	3

Präsident. Sie haben die Ziffer 1 abgelehnt.

Wer die Ziffer 2 dieses Postulats annehmen will, stimmt Ja, wer das nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.383: Ziff. 2 / ch. 2

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui	11
Nein / Non	127
Enthalten / Abstentions	4

Präsident. Sie haben auch die Ziffer 2 abgelehnt.

Wer der Ziffer 3 zustimmen will, stimmt Ja, wer das nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung / Vote

2021.RRGR.383: Ziff. 3 / ch. 3

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui	13
Nein / Non	125
Enthalten / Abstentions	3

Präsident. Sie haben auch die Ziffer 3 abgelehnt.

Wir sind am Schluss der Geschäfte der STA. Ich wünsche dem Herrn Staatsschreiber noch einen schönen Tag. Wir kommen zu den Geschäften der BKD und warten kurz, bis die Regierungspräsident eingetroffen ist. (*Kurze Pause / Courte pause*)